

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Anwerbestellen der Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 10 Mark.

Redaktionsadresse: Die Redaktion des Auer Tageblattes für das Erzgebirge, am Hauptbahnhof, 2. Stockwerk, 8. Postfach, 1000 Leipzig.

Telegraphische Anzeiger-Nummer: 195. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nummer: 1000 Leipzig Nr. 1900

Nr. 195

Sonnabend, den 22. August 1925

20. Jahrgang

Wann erfolgt die Ueberreichung der Antwortnote?

Der Botschafter der französischen Republik de Margerie hat sich für heute in der Wilhelmstraße angemeldet, um dem Reichskanzler und Reichsaussenminister die französische Antwortnote betreffend den Sicherheitspakt zu übermitteln. Wie die erste Note Briands, trägt auch die zweite Antwort lediglich die Unterschrift der französischen Regierung, wird aber im Einbernehmen mit den alliierten Mächten, wenn auch nicht in ihrem Namen, übergeben.

In seiner Juni-Note hat der französische Ministerpräsident die Verhandlungen über ein Sicherheitsabkommen, die in dem deutschen Februar-Memorandum angelegt worden waren, mit so vielen neuen Forderungen und Vorschlägen belastet, daß der ursprüngliche Charakter des deutschen Angebotes fast verwischt wurde. In seiner neuen Note beschränkt sich der französische Ministerpräsident etwas mehr auf das eigentliche Thema: den Sicherheitspakt im Westen, durch den alle vertragsschließenden Mächte die gegenwärtigen territorialen Grenzen zu wahren sich verpflichten. Auch die Ostfrage wird berührt; von den Schiedsgerichtsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei ist die Rede, aber anscheinend mehr in der Form einer Anregung als einer

Bedingung, und ohne daß Frankreich die Rolle der Garantemacht für sich in Anspruch nimmt, und für den Eventualfall die des urteilenden Richters. Von dem Kurzmarschrecht Frankreichs, von dem in der Juni-Note so viel die Rede gewesen ist, enthält die jüngste Briand'sche Note anscheinend kaum ein Wort. Dagegen soll, nach zuverlässigen Mitteilungen, an der Forderung des bedingungslosen Eintrittes Deutschlands in den Völkerverbund als der entscheidenden Voraussetzung für den Abschluß eines Sicherheitspaktes im Westen festgehalten werden. Eine formelle Einladung zu der Konferenz enthält die Note Briands, wie versichert wird, nicht. Es ist aber wohl nicht ausgeschlossen, daß in den mündlichen Erörterungen des französischen Botschafters zu der schriftlichen Antwort das Thema der Konferenz angeschlagen wird.

Paris, 20. August. Entgegen dieser Meldung teilt die Agence Havas mit, daß die französische Antwort auf die deutsche Note zur Sicherheitsfrage vom 20. Juli zweifellos erst Anfang nächster Woche in Berlin überreicht wird. Mit der Veröffentlichung ist erst in ungefähr einer Woche zu rechnen.

Krisen überall.

Von Dr. Kätz, M. d. R.

Gerade ein Jahr ist es jetzt her, seitdem auf der Grundlage des sogenannten Dawes-Budgets die politische und wirtschaftliche Lage für uns eine gewisse Entlastung erfuhr. Ernste Männer waren sich aber damals darüber klar, daß es bis zu einer wirklichen Gesundung noch ein weiter und beschwerlicher Weg sein werde. „Die Atempause“ galt es zu benutzen, um wieder einigermaßen festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Manches ist in dem hinter uns liegenden Jahre in dieser Beziehung geschehen, und die vor kurzem vorläufig abgeschlossene Finanzgesetzgebung über Aufwertung, Steuern und Zölle soll ja nach dem Willen ihrer Urheber diesem Ziel in erster Linie dienen, aber die gerade jetzt an so vielen Stellen unserer Wirtschaft auftretenden Krisen zeigen, wie schwer es ist, eine in ihrer inneren Struktur aufs tiefste erschütterte und aus dem weltwirtschaftlichen Organismus ausgeschaltete Wirtschaft nur einigermaßen wieder in Ordnung zu bringen.

Die seit langem herrschende Absatzkrise in der Landwirtschaft ist der stimmungsvollste Beweis für die völlig veränderten Produktionsbedingungen der deutschen Wirtschaft, deren passiver Bilanz im ersten Halbjahr 1925 schon auf die Bistern gestiegen ist, die sie 1924 erst während des vollen Jahres erreichte. Einer Steigerung des Exportes steht auch heute noch neben handelspolitischen Hemmnissen die Höhe der deutschen Produktionskosten hindernd im Wege. Es hilft nichts, man muß die sehr unbehagliche Wahrheit schon aussprechen: der Staat hat die Produktion mit Steuern und sozialen Lasten überbürdet. Die dadurch unverhältnismäßig verteuerte Produktion muß naturgemäß in innere und äußere Absatzkrisen kommen, und kann ebenso naturgemäß nicht zu der erforderlichen Kapitalneubildung gelangen. So erklären sich die drei wesentlichen Merkmale der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis: bedrückende Steigen der Passivität unserer Wirtschaftsbilanz, Absatzstagnation nach innen und außen, Mangel an produktionsförderndem und liquidem Kapital in der Wirtschaft. Wollen wir hoffen, daß die Steuererleichterung wenigstens eine teilweise Entlastung und die Zollgesetzgebung die Möglichkeit bringt, Deutschland wieder in den Organismus der Weltwirtschaft einzugliedern.

Als unheilvolle Begleiterscheinungen haben die gegenwärtigen wirtschaftlichen Erschwerungen wirtschaftliche und soziale Kämpfe und Kraftproben der bedrücktesten Art ausgelöst. Die Auseinandersetzungen, die sich um den Namen Stinnes entsponnen haben, sind ein düsteres Kapitel. Es mögen manche persönlichen Momente zu dieser unerfreulichen Affäre beigetragen haben, aber letzten Endes hat sich die Sache doch zu einem Machtkampf zwischen Bankkapital und Industrieunternehmung zugespielt, bei dem die wirtschaftliche Existenz von 10 000 Arbeitern auf dem Spiele steht. Ungleich größer noch ist die Zahl der Arbeiter, die von dem im Baugewerbe ausgebrochenen und von dem in der Textilindustrie zu befürchtenden Kampfe betroffen werden. Im Baugewerbe besteht nur noch wenig Hoffnung auf Anerkennung des Schlichters durch die Arbeitgeber, so daß ernstlich mit der dann einsetzenden Generalaussperrung gerechnet werden muß. Was das nicht nur bau- und wohnungswirtschaftlich, sondern allgemein wirtschaftlich bedeutet, ist gar nicht auszusagen. Wenig aussichtsreich liegen die Dinge auch in der schiffischen Textilindustrie. Die Einigungsverhandlungen sind zunächst ergebnislos verlaufen und sämtlichen Arbeitern ist für den 6. September gekündigt worden. Noch ist immerhin die Möglichkeit zur Einigung einer Einigung vorhanden; kommt sie nicht zustande, so steht das schiffische Wirtschaftsleben vor den schwersten Erschütterungen.

Hand in Hand mit diesen an einzelnen Stellen aufblühenden Kämpfen geht ein starker pessimismus an den Zentralstellen des Geldverkehrs, an den Börsen, den sich von dort auf das gesamte innerwirtschaftliche Leben überträgt. Zweifellos spielen bei diesen Erscheinungen einseitige Tendenzen der Wallfloss eine nicht unbedeutende Rolle, aber daß sie diese Rolle überhaupt spielen können, ist eine schmerzliche Tatsache, die ihrerseits wieder in der allgemeinen Wirtschaftslage begründet ist: alles an den Geldmarkt gelangende Kapital wird so fort und gierig aufgesogen, Reserven- und Sparkapital sind als nennenswerte Reserven nicht vorhanden, und so bleibt die Lage nach wie vor stark angespannt.

Zur Zeit der Inflation und unmittelbar nach ihr herrschte im deutschen Wirtschaftsleben ein nervöser, explosiver Pessimismus. Die heutige Nervosität trägt einen mehr düsteren, fatalistischen Zug an sich. Man sieht zu einem überhörschten Pessimismus kein Ende geben. Die in Politik und Wirtschaft zweifellos vorhandenen ungünstigen Faktoren dürfen nicht dazu be-

Geschäftsaufsicht über die „Aga“ beantragt.

Gestern abend um 6 Uhr fand im Hotel Esplanade in Berlin eine Gläubigerversammlung der in Zahlungsunvermögen geratenen Stinnes'schen Automobilfabrik Aga statt. Ein Vertreter der Firma legte einen Status der Gesellschaft vor und verwies auf die günstigen Produktionsbedingungen, deren Zahlen bereits im „Berl. Tagebl.“ erwähnt wurden. Darauf ergriff Kommerzienrat Manasse das Wort, der bereits gestern mittag um 12 Uhr den Antrag auf Verhängung der Geschäftsaufsicht beim zuständigen Amtsgericht gestellt hat, um das förmliche Vorgehen der Gläubiger gegen das Unternehmen zu vermeiden und dadurch zu verhüten, daß ein Einzelgläubiger auf Kosten der Gesamtheit der Gläubiger einen Vorzug hat. Kommerzienrat Manasse hob die Wichtigkeit einer eingehenden Prüfung der Bücher hervor, und zwar nicht nur nach der rein buchhalterischen Seite hin; er betonte auch die Notwendigkeit, die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität des Unternehmens im Verhältnis zu den heutigen Absatzmöglichkeiten zu prüfen und darauf die Rekonstruktion abzustimmen. Er habe von der prinzipiellen Geneigtheit der zuständigen Stellen erfahren, dahin zu wirken, eine Verständigung mit den Banken herbeizuführen. Er führte überzeugend aus, daß die Gläubiger auf Grund einer derartig fundierten Rekonstruktion und Prüfung der Rekonstruktionmethoden besser als auf Grund einer bloßen Rekonstruktion zusammenstellung befriedigt werden können.

Zugleich hob er die Wichtigkeit einer Nachprüfung aller bestehenden Verträge hervor und die Notwendigkeit, formale Fehler abzustellen, die bei der Gläubigerstellung und bei der Bilanz aufstellung vorgekommen sind. Er sei ihm zwar mitgeteilt worden, daß Verhandlungen auf Kreditgewährung schweben, aber er wolle diese Verhandlungen erst dann als Realität anerkennen, wenn der Scheck vor ihm auf dem Tisch liege. Heute biete nur die Geschäftsaufsicht die einzige Möglichkeit, den Einzelgläubiger im Rahmen sämtlicher Gläubiger zu befriedigen. Zugleich sei eine Stundung der fälligen Summen und eine Weiterbelieferung des Werkes notwendig, um Störungen und ein völliges Erliegen des Unternehmens zu vermeiden. Er erklärte sich bereit, im Einverständnis mit den Gläubigern zusammen mit dem Diplomkaufmann Wunderlich die Geschäftsaufsicht zu übernehmen, und zwar sollte Diplomkaufmann Wunderlich das Unternehmen nach der technischen Seite hin leiten, während er selbst mit der Prüfung des Status und der Führung der Kreditverhandlungen sich beschäftigen würde.

Die indische Währungskommission.

Zu der Meldung über die Einsetzung einer Währungskommission unter dem Vorsitz des Währungssachverständigen Sir Ton Young wird bezeichnend mitgeteilt, daß diese Kommission nur für indische Währungsfragen zuständig ist. Ihre Arbeitsergebnisse bildet die Prüfung und Begutachtung der rechtlichen und tatsächlichen Zustände im indischen Währungswesen und die Ausarbeitung etwaiger Vorschläge über wünschenswerte Veränderungen. Die Kommission wird aus zehn Mitgliedern bestehen. Ihre Einsetzung wurde von dem indischen Vizekönig Lord Reading in seiner Rede zur Eröffnung der Gesetzgebenden Versammlung in Simla mitgeteilt.

Planmäßige Räumung Düsseldorf's.

Düsseldorf, 20. August. Die Räumung Düsseldorf's geht planmäßig vor sich. Die Truppen verlassen in kleinen Abteilungen die Stadt und werden von den Vorortbahnhöfen aus abtransportiert. Am Mittwoch sind die Pioniere, der Train und der Rest der Artillerie ausgerückt. Alle öffentlichen Gebäude sind nunmehr geräumt.

Der Reichsarbeitsminister vermittelt im Bauarbeiterstreik.

Wie verlautet, hat der Reichsarbeitsminister zu heute nachmittag die baugewerblichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zu erneuten Einigungsverhandlungen eingeladen. Die Arbeitgeber hatten den Schlichterspruch angenommen, während er von den Bauarbeitern abgelehnt worden war. An dieser Stelle war bereits auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen worden, daß der Reichsarbeitsminister von sich aus eingreifen werde, wenn eine Einigung nicht zustande komme, um die Fortführung lebenswichtiger Bauten sobald wie möglich sicherzustellen. Da neben beiden Parteien auch der Öffentlichkeit sehr viel an der Beilegung des Streiks liegt, ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen die einigende Formel gefunden wird, so daß die Arbeit in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden kann.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat die Gesamtaussperrung der baugewerblichen Arbeiter im ganzen Reichsgebiet für den 28. August beschlossen. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, ehe die Sicherheit bestand, daß vor dem Reichsarbeitsminister noch Verhandlungen geführt werden. Es ist zu wünschen, daß der Arbeitsfrieden in den jetzt nicht betroffenen Gebieten nicht gefährdet und in den anderen Gebieten baldmöglichst herbeigeführt wird.

Verhaftung des Schriftstellers Johannes R. Becher wegen Hochverrats. Der Schriftsteller Johannes R. Becher, der in letzter Zeit mit Veröffentlichungen revolutionären Inhaltes hervorgetreten ist, wurde in Urach (Württemberg) verhaftet. Die Festnahme erfolgte, wie verlautet, auf Grund eines Haftbefehls des Oberreichsanwaltes, der in den Schriften Bechers die Vorbereitung zum Hochverrat erblickt. Becher wird ferner vorgeworfen, sich wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Gotteslästerung strafbar gemacht zu haben.

Abd el Reim verhandelt nicht.

Paris, 20. August. Aus Tanger wird offiziell gemeldet: Der spanische und französische diplomatische Agent, die sich seit einigen Wochen in Mekka oder Tanger aufhalten, um die Delegierten Abd el Reim zu erwarten, haben, da diese Delegierten sich bisher nicht eingestellt haben, Befehl erhalten, auf ihre Kosten zurückzufahren. Dem gemäßlich gut informierten „Paris Echo“ zufolge, ist damit die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung der Marokko-Affäre ausgeschaltet. In Kreisen des französischen Generalkonstabes ist man, dem Blatt zufolge, überzeugt, vor Oktober die französische Zone von den Rifleuten gesäubert und die abtrünnigen Stämme wieder unterworfen zu haben. Falls eine weitere militärische Aktion über die alten Grenzen hinaus nötig sein sollte, so würde sie aber erst im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden.